



»ausgesprochen«

»Der Österreicher gilt als Raunzer. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und im Arbeitsrecht haben nur zu minimalen Veränderungen der Zufriedenheit geführt.«

So mancher steht seinem Glück selbst im Weg, meint BARBARA RIEDL-WIESINGER, COUNTRY MANAGER & DIRECTOR SALES BEI MONSTER WORLDWIDE AUSTRIA.

»Wir arbeiten auch gerne mit einem Open Book, um dem Billigstbieterprinzip ein Ende zu machen.«

PETER EDELMAYER, GESCHÄFTSFÜHRER DES FACILITY MANAGEMENT-UNTERNEHMENS DUSSMANN, will den Kunden gerne zeigen, was unterm Strich übrig bleibt.

»Die Bauwirtschaft hat unseren Vorstoß begrüßt. Wir hätten das aber auch durchgezogen, wenn es anders gewesen wäre.«

Mit verstärkten Baustellenkontrollen und einem neuen Leistungsbild für Prüflingenieure will der WIENER WOHNBAUSTADTRAT MICHAEL LUDWIG die Sicherheit am Bau erhöhen.

»Österreich könnte die größte Freizeitoase der Welt sein.«

HOTELIER KARL J. REITER, Herr über Bad Tatzmannsdorf, Stegersbach und Achenkirch, schmiedet große Pläne für die Alpenrepublik.



■ MANN DES MONATS: STEPHAN KOREN

Der Wunschkandidat



STEPHAN KOREN: Seit 1998 bei Bawag und P.S.K. im Vorstand, soll er jetzt die ÖVAG sanieren.

Maria Fekter hat sich durchgesetzt. Der von ihr favorisierte ehemalige Vize-Generaldirektor der Bawag P.S.K. Stephan Koren wird im September die Führung der seit April teilstaatlichen Volksbanken AG (ÖVAG) übernehmen. Rainer Borns wurde vom Aufsichtsrat zum Vorstand der Verbundstruktur gewählt, Interimschef Michael Mendel fungiert wieder als Vize-Chef. Um die Nachfolge des bisherigen Vorstandschefs Gerald Wenzel gab es zuvor heftige Diskussionen. Während sich die SPÖ mit der

Besetzung anfreunden wollte, wenn gleichzeitig ein rotes Pendant in den Vorstand einzieht, wettete FPÖ-Abgeordneter Martin Graf scharf gegen den »schwarzen Ministersohn«. Korens Rolle bei der Fusion der Bawag mit der P.S.K. sei ungeklärt, so Graf. Zudem habe der Banker als Vorstand von dem 350-Millionen-Kredit an die insolvente US-Investmentgesellschaft Refco gewusst.

Gegen die Besetzung des 54-Jährigen legten sich aber auch die 62 Volksbanken in den Bundesländern quer. Koren hat ein umfassendes Sanierungskonzept ausgearbeitet, das u.a. die Macht der regionalen Banken beschneiden soll. Der künftige ÖVAG-Chef kündigte bereits »tiefgreifende, vielleicht auch als schmerzhaft empfundene Veränderungen« an. Von der Umsetzung dieses Plan hatte Koren die Annahme des Mandats abhängig gemacht. Der Konflikt ist von der Regierung hausgemacht: Der Staat butterte zwar eine Milliarde Euro in die Rettung der maroden ÖVAG, hält aber nur 43 % der Anteile. Größter Aktionär sind die 62 Bundesländer-Volksbanken, die auch die meisten Aufsichtsräte stellen. Ihren einzigen Joker spielte Fekter geschickt aus – angesichts der Drohung, stimmrechtslose Partizipationsscheine in Aktien umzuwandeln, nahmen die Volksbanken nun Koren in Kauf. Der Bund hätte sonst seine Beteiligung auf mehr als 50 % aufgestockt.

Die Sanierung der ÖVAG dürfte sich noch bis 2016/17 hinziehen, als mögliche Option wird dann eine Fusion mit der Bawag angedacht. Diese wollte schon vor zwei Jahren die ÖVAG übernehmen – damals war Koren noch Vize-Chef der Bank. Seit 1998 bekleidete der promovierte Volkswirtschaftler verschiedene Vorstandsfunktionen in Bawag und P.S.K. Aber auch politische Ämter wurden dem Sohn des einstigen ÖVP-Finanzministers immer wieder angetragen, seit er in Wirtschaftsbund und Industriellenvereinigung einige Stationen durchlaufen hatte und Anfang der 90er-Jahre als Berater von Finanzstaatssekretär Johannes Ditz tätig war. Nach dem Abgang von Josef Pröll galt der verheiratete Vater zweier Töchter als heißer Tipp für das Finanz- oder Wirtschaftsministerium. Stephan Koren quittierte die Spekulationen damals nonchalant: »Ich würde nie in die Politik gehen.«

■ EDITORIAL

Das Gegenmodell Schweiz



»Wir brauchen echte Alternativen.«

ALFONS FLATSCHER,
HERAUSGEBER

»»Mein Österreich« heißt die Gruppe meist pensionierter Politiker – allen voran Erhard Busek –, die sich jetzt als wahre Reformeiferer hervortun. Jetzt fordern sie vehement die »Vereinigten Staaten von Europa« und behaupten, dass der Fehler der Euro-Einführung gewesen sei, sie nicht gleich mit einer gemeinsamen Steuer- und Budgetpolitik versehen zu haben.

Die gemeinsame europäische Währung funktioniert nicht, das wird jeden Tag offensichtlicher, und als Antwort auf das Versagen mehr von dem verordnen zu wollen, was nicht funktioniert, hat keine Logik. Auf den Gedanken kann wirklich nur kommen, wer sich jahrzehntelang in einer politischen Kaste bewegt hat und wer nicht haben will, dass man überhaupt darüber nachdenkt, dass es eine Alternative zum EU-Beitritt gegeben hätte. Der Euro scheitert und der Grund ist zu viel Integration und nicht zu wenig. Spätestens jetzt sollten wir uns fragen, ob es nicht ein Gegenmodell gibt. Das der Schweizer vielleicht? Sie haben sich gegen den EU-Beitritt entschieden und mit bilateralen Verträgen trotzdem dafür gesorgt, dass sie die Vorteile des gemeinsamen Marktes nutzen können, ohne in den Sog der politischen Großmannsucht gezogen zu werden.

■ ROHSTOFFE

Trüber Ausblick der Bergbau- und Stahlindustrie



KEIN WACHSTUM: Mehr als eine Stagnation der Umsätze wird für die Bergbau- und Stahlindustrie nicht möglich sein.

MIT EINEM UMSATZZUWACHS von 2 % auf über 8 Milliarden Euro verzeichnete die österreichische Bergbau- und Stahlindustrie 2011 ein erfreuliches Ergebnis. Geschmälert wird der Erfolg jedoch durch die stark gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten. Diese werden den Unternehmen auch weiterhin zu schaffen machen: Im ersten Halbjahr 2012 blieb man bereits leicht hinter den Erwartungen und die Konjunkturprognosen verheißen nichts Gutes. »Wir erwarten eine Stagnation der Umsätze auf dem Level von 2011. Bei den Erträgen ist sicher mit einer rückläufigen Tendenz zu rechnen«, sagt Roman Stiftner, Geschäftsführer des Fachverbandes Bergbau-Stahl. Die großen Unsicherheitsfaktoren sind die hohe Volatilität der Märkte und engere Margen. »Der Preisdruck wird stärker, steigende Kosten können nicht auf die Kunden umgewälzt werden«, erklärt Stiftner. Vor allem die erwarteten Rückgänge im Automobilsektor, einem der wichtigsten Abnehmer, und in den Bereichen Bau und Infrastruktur bereiten der Branche Sorgen.

Produktion und Beschäftigtenzahlen sollten dennoch konstant bleiben. Derzeit sind in den Mitgliedsunternehmen der Branche fast 15.000 Mitarbeiter beschäftigt. Insgesamt 200 Millionen Tonnen Rohstoffe werden in Österreich verarbeitet, 125 Millionen Tonnen davon stammen aus heimischen Lagerstätten. Bei Wolfram und Magnesit ist Österreich fünftgrößter Produzent der Welt, bei Grafit und Talk liegt Österreich unter den Top 15. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen halten mit der hohen Bedeutung der Rohstoffindustrie für das Land nicht Schritt, kritisiert Fachverbandsobmann Franz Friesenbichler: »Die mineralische Rohstoffindustrie ist für ein Drittel des österreichischen BIP verantwortlich. Wenn uns dieses Fundament wegbricht, sind die Auswirkungen auf den Standort dramatisch.« Schutzzölle und Exportbeschränkungen sowie die geplante EU-Energieeffizienzrichtlinie, die eine Deckelung des Energieverbrauchs vorsieht, erachtet Friesenbichler als problematisch. Das Thema »Rohstoffdiplomatie« gegenüber Drittstaaten steht auch im Mittelpunkt der internationalen Rohstoffkonferenz Eumicon, die von 19. bis 21. September 2012 in Leoben stattfindet.

■ JUBILÄUM

40 Jahre Personalentwicklung

ALS LEOPOLD STIEGER 1972 die Gesellschaft für Personalentwicklung« (GfP) ins Handelsregister eintragen wollte, blitzte er zunächst ab. Der Begriff Personalentwicklung existiere nicht, eine Eintragung unter diesem Namen sei daher nicht möglich. Nach harter Überzeugungsarbeit genehmigte man die Eintragung doch. In den vergangenen vier Jahrzehnten wurden mehr als 45.000 Führungskräfte und Mitarbeiter in Schlüsselpositionen erfolgreich auf ihren Weg gebracht. Jeder Veränderungsprozess wird konsequent und zielgerichtet gesteuert. Das Wissen um Auswirkung und Mechanik einzelner Themen und die Technik von Methoden und Interventionen sind dafür Voraussetzung. »Ein Schub, der sofort wirkt und merkliche Verbesserungen spürbar machen wird«, erläutern Clemens und Florian Stieger, die in die Fußstapfen ihres Vaters getreten sind und 2004 die Geschäftsführung der GfP übernommen haben.



CLEMENS UND FLORIAN STIEGLER: Neue Generation der GfP.

BUSINESS-LEASING

INVESTIEREN, ABER CASH BEHALTEN?

Ganz einfach mit dem Fuhrpark-, Mobilitäts- und Immobilien-Leasing der BAWAG P.S.K. Leasing.
Infos unter 0810 20 52 51

BUSINESS LEASING

Mitten im Business.
www.leasing.at





Kleingruppen-Intensivcoaching

für **Frauen in Führungspositionen**
für **Technikerinnen**
für **Forscherinnen**
für **Musikerinnen**

In einer Gruppe von 3-5 Frauen aus einem ähnlichen Kontext entwickeln Sie mit qualifizierter Begleitung Strategien zur Lösung beruflicher Problemstellungen. Die Leiterin, Doro Erharter, ist Geschäftsführerin einer NGO, Unternehmensberaterin, Coach und Konsens-Moderatorin.

www.zimd.at

■ VERSICHERUNGEN

Unfallrisiko unterschätzt

MAN MUSS NICHT UNBEDINGT PARAGLIDEN oder kitesurfen, um einen Unfall zu erleiden. Laut österreichischer Unfallstatistik ereignen sich pro Jahr 824.000 Unfälle, rund 600.000 davon enden im Krankenhaus. Die größte Unfallgefahr verbirgt sich mit fast 80 % im Haushalt, in der Freizeit, beim Sport und im Straßenverkehr. All diese Bereiche werden von der gesetzlichen Unfallversicherung aber nicht gedeckt – sie greift ausschließlich bei Arbeitsunfällen. Eine von meinungsraum.at im Auftrag der Wiener Städtischen durchgeführte Umfrage ergab nun, dass Gefahren des täglichen Lebens weitgehend unterschätzt werden. 33 % der 500 befragten ÖsterreicherInnen glauben, keine Unfallversicherung zu benötigen, da sie sich keinem Risiko ausgesetzt sehen. »Vielen ist gar nicht bewusst, dass man nur am Arbeitsplatz, auf dem Weg zur Arbeit und auf Dienstreisen gesetzlich unfallversichert ist«, erklärt



RALPH MÜLLER, WIENER STÄDTISCHE: »Gegen Unfälle privat absichern.«

■ INVESTMENT

Gold wird »politisch korrekt«

DIE UNKENRUFTE über ein baldiges Ende des Kurs-Höhenflugs waren verfrüht. »Die derzeit stattfindende Rückbesinnung auf den jahrtausendealten monetären Status von Gold signalisiert, dass der Bullenmarkt nun in eine neue Phase eingetreten ist«, erläutert Ronald Stöfele, Rohstoffexperte der Erste Group, im kürzlich erschienenen »Goldreport 2012«. Die Voraussetzungen für neue Allzeithochs sind besser denn je. Daran können auch Skeptiker nicht mehr vorbei: Gold als Wertanlage feiert eine Renaissance im klassischen Finanzwesen.



RONALD STÖFELE, ERSTE GROUP: »Saisonal beste Phase ab August.«

Während der 20-jährigen Goldbaisse der 1980er- und 90er-Jahre lag das Realzinsniveau bei durchschnittlich plus 4 %, nur in knapp 6 % der Monate befanden sich die Realzinsen im negativen Bereich. Ab 2000 wendete sich das Blatt und der Realzinssatz lag in mehr als der Hälfte aller Monate im Minus, was ein optimales Umfeld für Gold bedeutet. Nachdem die Federal Reserve angekündigt hat, ihre Nullzinspolitik zumindest bis Ende 2014 fortzusetzen, werden negative Realzinsen auch in der nächsten Zeit ein gutes Fundament für steigende Goldpreise bilden. Außerdem werde der Goldmarkt von der steigenden Nachfrage aus China und Indien getrieben. In beiden Ländern sind die Realzinsen negativ, Gold ist dort ein bewährtes Wertaufbewahrungsmittel. Die hohe traditionelle Goldaffinität und der wachsende Wohlstand unterstützen die Nachfrage zusätzlich.

Stöfele rechnet ab August mit der »saisonal besten Phase«. Als 12-Monats-Ziel könnte die Marke von 2.000 US-Dollar fallen. Die parabolische Phase – also der Hype, der das Ende der Hausse ankündigt – stehe nach Ansicht des Gold-Analysten noch bevor: »Im Zuge dieser Trendbeschleunigung sollte zumindest das Langfrist-Ziel von 2.300 US-Dollar erreicht werden. Einige historische Vergleiche lassen sogar deutlich höhere Preissphären realistisch erscheinen.«

Ralph Müller, Vorstandsdirektor der Wiener Städtischen Versicherung.

Die Sozialversicherung kommt nach einem Freizeitunfall allenfalls für die Behandlungskosten auf. Sämtliche Folgekosten müssen Betroffene selbst tragen. Zudem sind Kinder, die noch keine Schule besuchen, sowie Hausfrauen und Pensionisten im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung gar nicht versichert. Die Zahl der ÖsterreicherInnen, die privat unfallversichert sind, stagniert seit Jahren bei rund 35 %. Mehr als die Hälfte kennt den Unterschied zwischen privater und gesetzlicher Unfallversicherung nicht oder hat sich mit diesem Thema noch nie auseinandergesetzt. Zudem werden die Kosten für Prämien weit höher eingeschätzt, als sie tatsächlich sind.